

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Fernsprecher Amt Lügow Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164

25 Jahre Generalkommission der deutschen Gewerkschaften.

„Geh deine Bahn, und laß die Leute reden!“
Grenlich.

Am 17. November d. J. sind 25 Jahre seit Einsetzung der „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ verfloßen. Carl Legien steht seit dieser Zeit an der Spitze der deutschen Gewerkschaften und, soweit eines Mannes Wille dazu ausreicht, hat er sein Bestes darangesetzt, um der mannigfachen Schwierigkeiten Herr zu werden, die im Verlauf dieser 25 Jahre das stolze Schiff der deutschen Gewerkschaften umbrandeten.

Wie war es doch nach dem Fall des Sozialistengesetzes? Nicht viel mehr denn eine Viertelmillion Zentralgewerkschaftler. Dazu die Gruppe der Lokalorganisierten mit fast 75 000, deren Ideologie dahin ging, die „alte bewährte Taktik“ (die sich in der Zeit polizeilicher Drangsalierung als Notbehelf erwiesen), auch weiterhin unter völlig veränderten gesellschaftlichen Bedingungen zu praktizieren. Das bedeutete: „Streitvereine“ mit niedrigen Beiträgen, Augenblicksaufgaben und abwechselndem Auf und Nieder der Mitgliedschaften.

Wer, wie wir, in dieser Zeit (Anfang der 90er Jahre) die heftigen inneren Kämpfe um Verbreiterung und Befestigung der Gewerkschaftsarbeit miterlebt hat, dem wird die periodisch wiederkehrende Angst der Nurpolitiker über die „Gefahr der Versumpfung“ nicht sonderlich imponieren; ist sie doch durch ihre Wiederholung nicht beweiskräftiger geworden. Damals ist die Entscheidung gefallen und ob es sich nun um Ausbau des Unterstützungswesens (nebst Beitragserhöhung), um Tarifverträge oder die notwendige Anstellung von Beamten handelte, mit Einsetzung der Generalkommission geschah der entscheidende Schritt für die fortschreitende Zentralisation und für die gewaltige Machtentfaltung auf mehr denn 2½ Millionen freiorganisierter Gewerkschaftler vor Kriegsausbruch.

Gewiß sind nicht alle Blütenträume gereift. Auch heute ist der Zentralisationsprozeß lange nicht vollendet. Es wäre — der Weltkrieg läßt das deutlicher zutage treten — besser, wenn weniger Verbände mit größerer Leistungsfähigkeit beständen, wenn der Fluktuation stärkerer Einhalt geboten und vor allem die Durchbildung der Gewerkschaftsmitglieder systematischer hätte erfolgen können.

Aber dieser Entwicklungsprozeß war im Werden. Die Gewerkschaftskongresse von Dresden und München zeugen davon. Und es unterliegt für uns keinem Zweifel:

nach dem Weltkrieg werden nicht nur die vielgestaltigen neuen Tagesaufgaben bewältigt werden, auch die innere Gliederung wird sich noch stärker unter dem Gesichtspunkt der Zweckmäßigkeit entfalten, die Bestrebungen zur systematischen Bildungsarbeit werden auf breiterer Basis gefördert werden.

Weite Brauchfelder können noch neu gewonnen werden. Es sei nur an die Hunderttausende erinnert, die in Staatsbetrieben beschäftigt sind, an die stetig wachsende Zahl der Arbeiterinnen, die besonders durch den Krieg in die Industrie einbezogen sind und die auch nach dem Kriege weiterhin benötigt werden.

So weiten sich vor unseren Augen schier unbegrenzte Entwicklungsmöglichkeiten und die so oft angezündigten „Grenzen der Gewerkschaften“ sind „weit im Felde“.

Zwei Dinge charakterisieren die freie deutsche Gewerkschaftsbewegung: Der eminent starke Wirklichkeits-sinn, der die wirtschaftlichen Notwendigkeiten nie aus dem Auge läßt, den Gegner (Unternehmer) kühl und ohne Leidenschaft einschätzt, und der sozialistische Geist, der es verhütet, in dem Tagesgeplänkel der einzelnen Berufsorganisation die Gesamtziele der deutschen Arbeiterschaft (Vergesellschaftung der Produktionsmittel) zu vergessen.

Was hierin die deutsche Gewerkschaftspresse geleistet hat, kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. . .

Es mag in diesen Zeiten nationaler Mißverständnisse leicht falsche Auslegung erfahren, aber darum darf es doch bei dieser kurzen Würdigung Erwähnung finden: Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist allzeit eifriger Befürworter internationaler Beziehungen gewesen und — wird es auch weiterhin bleiben. Freilich waren diese internationalen Verbindungen wesentlich anderer Art, als die der Partei. Während hier die Internationale mit relativ engem Personenkreis in äußerlich glänzenden Kongressen und Veranstaltungen nach heftigen Theorieebatten (die dann mit Kompromiß-resolutionen endeten) ihren Aufgabentreis ins schier Unbegrenzte steckte, berieten die internationalen Zusammenkünfte der einzelnen Gewerkschaften zumeist rein praktische Dinge, wie z. B. internationaler Arbeiterschutz, Behinderung ausländischer Streikbrecher, finanzielle und moralische Hilfe bei Großstreiks im jeweiligen Gewerbe, Austausch von lohnstatistischen Feststellungen, Regelung und Erleichterung des Eintritts in ausländische Verbände, Reiseunterstützung und vieles andere, das dem Nurtheoretiker als belanglose Teilfrage erscheinen mag, das aber in seiner Wirksamkeit dem

Gedanken der internationalen Arbeiter-solidarität erst die ökonomische Unterlage gab.

Und die Tatsache, daß vier Fünftel aller internationalen Berufssekretariate in Deutschland ihren Sitz haben, daß Carl Legien als Sekretär des gesamten Bundes bis Kriegsausbruch unumstritten zu aller Zufriedenheit die internationalen Beziehungen pflegte, widerlegt die zum Teil recht sonderbaren Auslassungen aus Italien, England, Frankreich, die höchstens unter dem Einfluß der Kriegspyhose zu verstehen sind.

Freilich, wesensverschieden sind die gewerkschaftlichen Bestrebungen der drei großen Kulturländer Deutschland, Frankreich, England auch vor dem Kriege gewesen. In Frankreich der parlamentsfeindliche, antimilitaristische Syndikalismus mit viel „Elan“ und wenig Stabilität. In England der arbeiteraristokratische, traditionsstolze, zuweilen noch zünftlerisch ammutende Gewerkschaftler, dem sozialistischen Geist abhold. In Deutschland die straffere Zentralisation mit enger Anlehnung an die Sozialdemokratie als politische Vertretung der deutschen Arbeiterchaft.

Gerade wer selbst jahrelang im Auslande in der Gewerkschaftspraxis stand, wird sich hüten, bei uns alles rosenrot und „da draußen“ alles schwarz zu sehen. Aber die Tatsache mag bei diesem 25jährigen Jubiläum der Generalkommission festgehalten werden: Bis Kriegsausbruch machte in Frankreich wie in England „das deutsche System“ Schule! Und wir hoffen, daß bald nach Kriegsschluß der ununterbrochene Strom von Erfahrungen im Meinungsaustausch weiter zu möglicher Annäherung in Theorie und Taktik der gesamten Gewerkschaften aller Länder führt.

Die deutschen Gewerkschaften waren im Frieden die größten und stärksten der Erde, aber — sie hatten auch die stärksten und rücksichtslosesten Unternehmer-Organisationen als Gegner. Ein Organ, wie die „Deutsche Arbeitszeitung“ ist einzig in der Welt! Und da gibt es wiederum kleingläubige Kurpolitiker, die um das Seelenheil der deutschen Gewerkschaften besorgt sind und in den Arbeitsgemeinschaften für soziale Aufgaben einen dauernden „Burgfrieden“ wittern. Ach was haben doch die Herrn für ein kurz Gedärm! Wir haben hier nicht zu untersuchen, wo Illusionen zusammengebrochen sind; daß aber die freien Gewerkschaften keine Illusionisten sind, weder während noch nach dem Kriege, haben sie allezeit bewiesen. Ihre Tätigkeit ist viel zu sehr in ökonomischen Vorgängen verankert, als daß sie den Boden realer Dinge unter den Füßen verlieren könnten. Die Interessengegensätze zwischen Kapital und Arbeit sorgen im ausgeprägtesten Maße dafür, daß „Harmonieduselei“ nicht aufkommen kann.

Allerdings haben die deutschen Arbeiter ein Interesse an der Entwicklung und Existenzfähigkeit der deutschen Industrie. Mit ihrem Aufstieg erst war die glänzende Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsorganisationen möglich. Und es ist für den gewerkschaftlich geschulten Arbeiter darum auch so selbstverständlich erschienen, zunächst einmal das vom Weltkriegebrand erfaßte Haus zu sichern, um sich dann weiter wohllich einzurichten in zäher Wahrnehmung seiner wirtschaftlichen Interessen.

Doch wir wollen über die strittigen Vorgänge nicht ver-gessen, in wie starkem Maße die sozialistische Ge-dankenwelt unsere gewerkschaftliche Agitation befruchtet und unterstützt hat. Und ein ebenso starker Faktor ist die Unterstützung der Sozialdemokratie in den Parlamenten für unsere Gewerkschaftsarbeit. Die Einteilung, daß sozialpolitische Aufgaben und Arbeiter-schutz von den Gewerkschaften vorbereitet werden — hier ist ganz besonders die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission sowie das „Correspondenzblatt“ mit dem mannigfachen statistischen Material zu nennen — und daß die parlamentarischen Vertreter der Ar-beiterchaft dieses Material an geeigneter Stelle weiter-vertreten, hat sich aufs Beste bewährt. Wenn erst einmal die Genossenschaftsbewegung aus ihrem Verbestadium in ein unumstritten Gewordenes emporgewachsen sein wird, dann besitzt die deutsche Arbeiterklasse einen „Dreibund“, um den ihn die wieder friedlich gewordene Welt mit Recht be-neiden dürfte.

* * *

Es geziemt sich nicht in diesen schweren Tagen Jubel-hymnen anzustimmen oder Jubiläumsschauen zu schwenken. Weit über eine Million tüchtiger Gewerkschaftler stehen im Felde und sind täglich und stündlich vom Tode bedroht. So manche schwer zu ersetzenden Verluste haben bereits die einzelnen Organisationen aufzuweisen.

Aus Hunderten von Feldpostbriefen aber hören wir immer wieder die Freude durchklingen, daß die deutschen Gewerkschaften diese schwere Kriegszeit unter allen Umständen überleben werden. So mancher hat erst im Felde den Gedanken der Solidarität und Kameradschaftlichkeit schätzen gelernt. Er wird zurückkehren als eifriger, unerschrockener Gewerkschaftler. Es ist unsere feste Zuversicht, daß alle Kriegsnöte an dem Charakter der freien Gewerkschaften nichts ändern. Wohl aber werden gestählte und erprobte Kameraden in unsere Reihen zurückkehren, die unser jetzige bescheidene Friedensarbeit auch für sie und ihre Familien anerkennen. So wächst das Band der Solidarität, das uns alle miteinander verbindet . . .

Gewerkschaftsarbeit ist Friedensarbeit! Hieraus ergibt sich eine anders geartete Situation für die Gegenwart. Dennoch sind die Organisationen nicht müßig geblieben. Sie haben auf allen sozialen Gebieten, die in ihr Arbeitsbereich gehören, ihr Bestes getan und werden diese unscheinbare und doch segensreiche Arbeit weiter tun.

Und gerade hier haben die Mitglieder der Gene-ralkommission zurzeit ihr vollgerüttelt Maß an Auf-gaben.

Wir sind überzeugt, die Generalkommission und Carl Legien werden unbeirrt von den „Sprigern“, die jetzt hier und da vom In- und Ausland kommen, ihren Weg weitergehen, denn dieser Weg ist klar vorgezeichnet.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist nicht das Werk einzelner, sondern das Werk der Millionen!

Diese Millionen werden nach dem Kriege auf den starken Quadern des vorhandenen Grundbaues das stolze Gebäude der deutschen Gewerkschaften emporführen.

Emil Dittmer.



Die wirtschaftlichen Verhältnisse der städtischen Arbeiter in Breslau.

Zum Frühjahr d. J. brachte der Magistrat eine Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung, die infolge der zunehmenden Teuerung 250.000 Mk. für Zulagen vorsah. Davon sollten 100.000 Mk. für Familienzulagen verwendet, mit 50.000 Mk. die Gehälter der unteren Beamten aufgebessert werden. Die weiteren 100.000 Mk. waren bestimmt zur Anwerbung neuer Arbeiter oder zur Erhaltung der alten. Stadtverordneter Genosse Schütz drückte dabei den Wunsch aus, daß die Verteilung der Zulagen nicht von den Betriebsleitern vorgenommen, sondern der Magistrat selbst die Verteilung vornehmen möge. Die Anregung blieb unbeachtet. Diese Zulagen sollten nur für die Dauer des Krieges gegeben werden und galten deshalb bis zum 30. September d. J. Bei der stetig zunehmenden Preissteigerung aller täglichen Bedürfnisse konnte man im 1. Oktober ab nicht fortfallen lassen, und es wurde eine neue Summe von 300.000 Mk. für Zulagen bewilligt, deren Verteilung wiederum den einzelnen Deputationen überlassen wurde. Die Deputationen werden ihre Entscheidungen aber nach dem Rate der Betriebsleiter treffen müssen, diese aber sind nicht immer die geeignetsten objektiven Beurteiler solcher Dinge. Wie verständig die Beratungen des Genossen Schütz waren, hat die vorgenommene Verteilung der Zulagen voll erwiesen. Gas- und Wasserwerksarbeiter erhielten bis zum Oktober überhaupt nichts, wenn man von wenigen neu eingestellten Arbeitern abläßt. In diesen Betrieben wurde gefagt, die über 10 Jahre im Betriebe Beschäftigten laufen uns nicht davon. Im Depot Koberstraße der Straßenbahn erklärten die dienstälteren Arbeiter ihren Mitarbeitern wiederholt, keine Zulage haben zu wollen, da sie noch mit dem bisher Bezählten ankommen könnten. Es handelt sich um dienstältere Leute, die bereits vor der Zulage pro Tag 1,50 bis 2,20 Mk. bezogen; während in manchen nördlichen Betrieben ein Grundlohn von 3,00 Mk. pro Tag bestand. Aber gerade die besser bezahlten Arbeiter erhielten pro Tag bis zu 80 Pf., und sogar die zwei Minder davon, nach monatlich 9 Mk. Familienzulage etwa. Die Zulage betrug also für manchen pro Woche bis zu 6,57 Mk.

Dazu das Gegenstück: Die Matrilaldeputation bewilligt ihren Arbeitern pro Tag 20 Pf. Zulage, d. h. der Grundlohn wird von 3,00 auf 3,20 Mk. täglich erhöht. Was sollen die Arbeiter bei der außerordentlichen Teuerung pro Tag mit 3,20 Mk. anfangen? Diese hatten schon in der Friedenszeit viel mehr fleischlose Tage, als sie jetzt von der Regierung vorgezeichnet worden sind. Jetzt sind sie geradezu auf trockenes Brot und dito Kartoffeln beschränkt. Der Lebensmittelmarkt in Breslau nach Colliers Berechnungen seit Juli 1911 bis August 1915 pro Kopf der Erwachsenen von 15,90 auf 24,51 Mk. gestiegen. Das ist ein Mehrbetrag für eine zweifelhafte Familie von pro Woche 8,64 Mk. Dazu kommt die Steigerung für Leder, Heizungsmaterial usw. Das Petroleum langt für viele nicht aus, es müssen dann Meiser zu unverkäuflichen Preisen gekauft werden. Die von der Stadt eingekauften billigen Meizen konnten an die Bevölkerung nicht abgegeben werden, weil jetzt die Großhändler um ihren Preis gekommen wären. Heute muß der Arbeiter wöchentlich 12 Mk. mehr Einkommen haben, wenn er seine in der Friedenszeit gewohnte Lebensweise weiter fortsetzen will. Eine Einschränkung ist bei den im Anfangslohn lebenden Arbeitern unmöglich, sie deuten schließlich die Beschränkung auf trockenes Brot und Kartoffeln.

Man sollte deshalb mindestens zum Oktober erwarten, daß der Magistrat die Verteilung der neubewilligten Gelder nicht den Deputationen und damit den Betriebsleitern überlassen, sondern selbst vornehmen würde. Leider haben die Arbeiter sich darin getäuscht, und man kann die Empörung sehr wohl verstehen, die jetzt herrscht. Der Magistrat konnte über die Wirkung seiner Maßnahmen auch nicht im unklaren sein, denn seit Jahren haben die Arbeiter fortgesetzt nachgerufen, was aus den neuen und wohlwollenderen Verhältnissen wird, wenn die Ausföhrung derselben den Betriebsleitern überlassen wird. Daß in dieser ersten Zeit so geschandelt wird, bedauern wir, die Verantwortung dafür trägt aber der Magistrat.

Werde, was du noch nicht bist,
bleibe, was du jetzt schon bist;
in diesem Werden und diesem Werden
liegt alles Schöne hier auf Erden.

© u. a. 31.

• Aus Politik und Volkswirtschaft •

Wegen die Teuerung. Vorstand und Ausschuß der Sozialdemokratischen Partei erließen unterm 5. November folgenden Aufruf: Die Lebensmittelteuerung ist unerträglich geworden. Die Preise aller wichtigen Nahrungsmittel und der sonstigen Artikel des täglichen Bedarfs, wie Brennmaterial, Kleidung, Schuhzeug usw., haben eine unerschwingliche Höhe erreicht. Mit bangen Sorgen sieht man in Arbeiterkreisen und bis weit in die Kreise des Mittelstandes hinein dem herannahenden Winter entgegen. Schon jetzt herrscht in vielen Familien bittere Not. Muß denn so sein? Muß im ungezügelten freien Spiel der Kräfte selbsttätige Genußsucht und kapitalistische Profitgier zum Schaden des Volksgenossen sich ausbreiten?

Waffen Millionen entbehren, damit jene schamlosen Produzenten und Händler, die die Kriegskonjunktur kaltblütig ausnützen, auf Kosten des Volkes sich bereichern können?

Nein, das muß nicht so sein. Die zur Verfertigung stehenden Nahrungsmittel reichen zur Ernährung unseres Volkes aus. Sie müssen nur richtig verteilt werden. Es darf nicht länger geduldet werden, daß unsere Vorräte Gegenstand gewissenloser Spekulationen sind.

Bereits in der zweiten Kriegswoche haben wir gemeinsam mit den Vertretern der Gewerkschaften von der Regierung wirtschaftliche Maßnahmen zur Förderung der Produktion und Regelung der Volksernährung gefordert. Leider hat die Regierung unsere Forderungen nicht genügend berücksichtigt. So energisch sie in das aus dem Privatkapital rührende Verfügungsrecht eingreift, wo es sich darum handelt, die Versorgung der Armee mit Lebensmitteln und Kriegsmaterial sicherzustellen, so schwach ist sie in der Sicherung der Volksernährung zu Werke gegangen.

Erit wenn durch verwerfliche Preistreiberien die Zustände unhaltbar geworden, wenn es meist zu spät war, greift die Regierung ein und ließ es auch dann noch oft bei halben Maßnahmen bewenden. Trotz aller ungunstigen Erfahrungen hat das Volk der Allgemeinheit immer wieder hinter den Interessen des Privateigentums und des kapitalistischen Profites zurückweichen müssen. Wie wenig sind die kühneren Leiden des ersten Kriegsjahres bedrängt worden! Glaubt die Vorbereitung des Volkes in wirtschaftlicher Hinsicht, wenn nicht auch hier noch die Preissteigerung das durch die Erhöhung der Produktionskosten gerechtfertigte Maß weit überfordert. Die für die neue Ernte aus landwirtschaftlichen Kreisen angebotene Erhöhung der Preise für Roggetreide konnte durch den entschiedenen Protest der Arbeiterorganisationen und anderer Konsumzentren verhindert werden. Doch hat die Regierung durch die Festsetzung der Preise für Futtergetreide und andere Futtermittel, die fast doppelt so hoch wie die Preise im Frieden genommen sind, die Getreide verlaufenden Großhändler schädlich gehalten.

Durch die Haltungen der Regierungsmassnahmen wurde zudem noch auf dem Futtermittelmarkt die wilde Spekulation entfesselt, zu der selbst noch landwirtschaftliche Organisationen anzuhalten. Aber doch der Deutsche Landwirtschaftsrat den Landwirten, ihre nicht beschlagnahmte Getreide zurückzubehalten, und das Ertrag des Bundes der Landwirte, die „Deutsche Tageszeitung“, um solche diesen Rat und empfahl, nicht unter 700 Mk. pro Tonne zu verkaufen. Dieser Preis ist vierfach so hoch wie der im Frieden bezahlte und kann doch währlich nicht mit den erhöhten Produktionskosten begründet werden. Anschließt solcher Preissteigerungen hängt es wie blutiger Hohn, wenn der Vorstand des Bundes der Landwirte in dem neuesten Aufruf an seine Mitglieder den Speckmarkt der Landwirt lobpreist.

Diese wüsten Preistreiberien auf dem Futtermittelmarkt haben überaus ungünstig auf die Versorgung des Volkes mit Fleisch, Fetten, Milch, Butter, Käse und Eiern gewirkt, geradezu sprengbare Preissteigerungen herbeigeföhrt, die die größte Entwertung und Entwertung in den weitesten Volksteilen anlösen mußten. Der Preis für Schweinefleisch stieg weiter über 100 Proz. über den im Frieden gezahlten Preis, und die Fettpreise erlitten Steigerungen bis zu 200 Proz. und darüber, und demnach waren zu diesen hohen Preisen Fettwaren kaum zu haben. Nur dem Futtermittelmarkt verweigerten sich die Preissteigerungen. Ein als die Voraussetzung auf die Spitze getrieben waren, als die politischen und gesellschaftlichen Vertreter der Arbeiterklasse erneut dringend dringende Forderungen die Regierung heranzogen, erst da griff sie wieder viel zu spät ein und regelte durch eine Verordnung die Preisgestaltung auf dem Futtermittelmarkt. Sie setzte die Preise fest, die viel zu hoch sind und deren zeitliche Abschaffung dringend gefordert werden muß.

Auch die ein ganz unzulängliche Verordnung zur Regelung des Kartoffelmarktes wurde nunmehr ergänzt, so daß der fast genähert Ansehung durch die staatlichen und gemeindlichen Behörden die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln sichergestellt sein dürfte. Eine weitere Herabsetzung der Preise für dieses wichtige Volksernährungsmittel ist im Interesse der armeren Bevölkerung notwendig. Und müssen Preise für den Großhandel festgesetzt werden.

Leider hat die Reichsregierung sich noch immer nicht entschließen können, auch nur die Maßnahmen zur Sicherung der Volksernährung vollständig durchzuführen, die der Vertreter des Reichstages am 21. August dieses Jahres im Reichstage in Aussicht stellte.

Um den Fleischkonsum einzuschränken, sind durch Verordnung für Gastwirtschaften und den Handel zwei fleischlose Tage in der Woche eingeführt, zwei weitere Tage in der Woche soll in Gastwirtschaften nicht mit Fett beraten werden. Mittlerweise hat die Regierung wohl selbst eingesehen, daß damit ein wirksamer Druck auf die Preise nicht auszuüben ist, und neue Verordnungen erlassen. Die darin festgesetzten Preise für Schlachtschweine, Schweinefleisch und Schweinespeck sind zu hoch. Sie sind immer noch um die Hälfte höher als die Preise im Oktober vorigen Jahres. Vor allem fehlt die dringend notwendige Regelung der Verteilung in gleichen Nationen für alle. Nur so ist die Fleischversorgung der Minderbemittelten sichergestellt. Unverzüglich müssen außerdem Höchstpreise für alle anderen Fleischsorten festgesetzt werden, wenn eine weitere Steigerung dieser Preise unterbunden werden soll.

Bei der neuen Preis- und Verbrauchsregelung für Milch ist nur die Verbrauchsregelung für lindernde Mütter und Kranke vorgesehen. Auch hier fehlt die allgemeine Verbrauchsregelung für alle Konsumenten nach dem Mütter der Brotversorgung.

Es muß viel systematischer bei der Regelung der Preisgestaltung auf dem Lebensmittelmarkt vorgegangen werden. Es gilt die Volksgesundheit vor nachhaltiger dauernder Schädigung zu bewahren. Mit dem bequemen Grundsatze, daß durch hohe Preise die Lebensmittelvorräte am wirksamsten gestreckt werden können, muß radikal gebrochen werden.

Alle Hindernisse, die sich einer sachgemäßen Regelung der Lebensmittelfrage in den Weg stellen, auch alle Einwände, die in Vertretung der landwirtschaftlichen Produzenteninteressen von preussischen Landwirtschaftsministerien erhoben wurden, müssen rückstandslos beseitigt werden. Wie die Verpflanzung des Decrees, so ist auch die Verordnung des gesamten Volkes mit Lebensmitteln unter allen Umständen sicherzustellen. Um dies zu ermöglichen, verlangen wir, daß die Forderungen, die wir wiederholt erhoben haben, endlich vollständig verwirklicht werden.

Für alle wichtigen Lebensmittel müssen Höchstpreise festgesetzt werden, die so zu bemessen sind, daß jeder Kriegskonjunkturgewinn beim Produzenten wie im Groß- und Einzelhandel ausgeschaltet ist und auch die Armen in die Lage versetzt werden, die zu ihrer Ernährung notwendigen Lebensmittel sich zu beschaffen.

Durch allgemeine Beschlagnahme und Verkaufszwang muß das spekulative Verhalten der Waren vom Markt vereitelt werden. Um eine Bevorzugung der Reichen und Zahlungsfähigen zu ver-

meiden, müssen die vorhandenen Lebensmittel gleich der Brotverteilung auf alle Einwohner des Reiches in gleichen Nationen verteilt werden.

Den Familien der Kriegsteilnehmer, die bedürftig sind, müssen für die Wintermonate, einer von uns bereits früher erhobenen Forderung entsprechend, ohne Anrechnung auf ihre der Erhöhung dringend benötigte Unterhaltung Kartoffeln und Auswüchse auf dem Lebensmittelmarkt wirksam bekämpft werden.

Die Strafbestimmungen der Verordnung gegen den Lebensmittelwucherer müssen die schärfste Anwendung finden. Jede Heberhöhung der Höchstpreise, jede Zurückhaltung von Waren wucherischer Preistreiberei muß den Behörden zwecks Verfolgung zur Anzeige gebracht werden. Werden in Geschäften und auf Märkten Preise gefordert, die zu den Produktionshöhen in argem Mißverhältnis stehen, dann nehme man in jedem Falle die Hilfe der Polizei gegen solche Heberverteilung in Anspruch. Die Parteiorganisationen sollten gemeinsam mit den Gewerkschaften allerorts Kommissionen einsetzen oder sonstige Maßnahmen treffen, um diese Kontrolle wirksam zu gestalten, denn es gilt hier das Volk vor jenen skandalösen Lebensmittelwuchern zu schützen, deren Treiben selbst der Vertreter des Reichstages im Reichstage als niederrückend und verächtlich bezeichnete. Nur durch rückichtsloses Vorgehen der Behörden und Kommissionen können die schädlichen Auswüchse auf dem Lebensmittelmarkt, die der ungeliebte Krieg zeitigt hat, wirksam bekämpft werden.

Alle Behörden des Reiches, des Staates und der Gemeinden müssen aufgerufen werden zur zeitlichen Erfüllung ihrer Pflichten auf dem Gebiete der Volksernährung. Besonders müssen die Arbeitervertreter in den kommunalen Körperschaften mit allem Nachdruck dahin wirken, daß die Gemeindebehörden von den ihnen in den Verordnungen eingeräumten Rechten weitgehendsten Gebrauch machen, um die Bevölkerung mit billigen Lebensmitteln in ausreichendem Maße zu versorgen.

Wenn die Worte, genug der Beratung und Heberlegungen, heraus aus den Erwägungen, fort mit allen Maßregeln!

Unsere Volksgenossen im Waffentrost, die draußen im blutigen Kampfe mehrfache Opfer an Gut und Mut bringen, können verlangen, daß ihre Familien, die um sie bangen und sorgen, wenigstens vor Not und Elend bewahrt, vor der Aussetzung durch jene Schamlosen geschützt werden, die den Krieg zur eigenen Bereicherung fruchtlos ausnutzen.

Es ist uns gelungen, den Ausbungerungsplan unserer äußeren Feinde zu durchkreuzen, es ist uns auch gelungen, den Lebensmittelwucher, diesen heimtückischen inneren Feind, zu Boden zu schlagen. Ihm sagen wir erneut unerbittlichen Kampf an, zu dem wir alle aufrufen, die mit uns stellen die Volksgesundheit, das Volkswohl über das kapitalistische Profitinteresse einzelner!

Die Regelung der Kohlenverbrennung.

II.

(Schluß)

Anfangs wurde der insbesondere für Hochöfen benötigte Hoß nach Art des Meißnerverfahrens erzeugt, wobei alle Nebenprodukte entweder verbrannt oder in die Luft entwichen. Diese Vergasung an Verten, die in die Millionen ging, legte bald die Verfassung in abschließenden Testen nahe, die zunächst eine Gewinnung des Teers, dann aber auch die des Ammoniaks und vor allem des Benzols geistete. Man gelangte so zu der Destillationssterei, die durch die Gewinnung der Nebenprodukte immer rentabler wurde, so daß man heute gar nicht mehr von Nebenprodukten reden kann. Hoheit eine Tonne Steintohle rund 10 Mk., so erfährt sie durch die Verkokung und Gewinnung der Nebenprodukte eine enorme Wertsteigerung, die sich durch folgende Zahlen ausdrückt: Hoß 12,15 Mark, Gas 6,50, Teer 1, Ammoniak 2,43, Benzol 0,88, zusammen 22,96 Mk. Bei der Vergasung der Hoßten zum Zweck der Leuchtgaszerzeugung verhielten sich die Verhältnisse etwas zugunsten des Wertes von Leuchtgas und zumungunsten des Wertes von Hoß. Das Endergebnis bleibt aber annähernd das gleiche. Man sieht also sofort, welcher Raubbau mit der Hoße getrieben wird, wenn man sie einfach mit offener Flamme verbrennt. Die Steintohlenförderung betrug im Jahr 1913 in Deutschland 191,6 Millionen Tonnen, die Hoßzerzeugung einschließend 17 Millionen Tonnen. Das bedeutet, daß insgesamt etwa 110 Millionen Tonnen Hoßten ungenutzt verbrannt sind, was einer Vergasung von rund 1800 Millionen Mark gleichkommt. Dabei sind die Verluste noch nicht eingerechnet, die bei der Unmöglichkeit, Teer weiter zu verarbeiten, in der entgangenen Wertsteigerung enthalten sind. Anachdies dieser Berücksichtigung konnte schon für die Zeit des Friedens mit Recht die Forderung aufgestellt werden: Hoße mit Gas, Hoße mit Hoß! Jetzt während des Krieges ist dieses Fohlnis aber zwingende Notwendigkeit, um in obsoletter Eisenwirtschaft durchhalten und unsere Heberleistungen zu erhalten zu können.

Es ist bekannt, daß unsere große deutsche chemische Industrie ihre wesentliche Bedeutung durch die Verwertung des Teers gewonnen hat. Fast alle heute zur Verwendung kommenden Drogenstoffe, sehr wertvolle Nischenstoffe, eine große Zahl der wichtigsten Arzneistoffe und Antiseptika, wie Antipyrin, Pyramidon, Niprin, Adthol, Phenol, Arochlor, Anilol, ferner für die verschiedensten Verwendungen wichtige Stoffe, wie Schwefelkohlenstoff, Aceton, Benzol, Ethanol, Pyridin, Xylol, Anilin, Kapotalin, Karaffin, führen auf den Teer zurück. Der bei niedrigerer Destillations-temperatur in den Leuchtgasanstalten gewonnene Teer untercheidet sich in der Zusammensetzung nicht wesentlich von dem bei höherer Temperatur in den Destillationsstereien gewonnenen; nur für die Menagenverhältnisse der einzelnen Bestandteile sind Unterschiede vorhanden, die bei tiefer Veratragung aber keine Rolle spielen. Eine die großartigste angewandte Chemie der Teerprodukte wurden wir den gleichen Mangel leiden, den heute Amerika, England, Frankreich und Japan durch das Ausbleiben der deutschen Chemikalien und Drogen empfinden.

Schwoh uns die Industrie fast aller ausländischen Rohstoffe abgeschnitten ist, sind wir doch imstande, was für eine beträchtliche Zahl von ihnen unter Ausnutzung der heimischen Teerohlenproduktion einen vollständigen Ersatz zu schaffen. Es fehlt uns an amerkanischem, russischem, rumänischem und galizischem Petroleum und damit auch an Benzol, Teerölen und Schmierölen. Tomen das Petroleum zur Verfertigung dient, wird es jetzt durch Elektrizität, Leuchtgas, Zviritus und Aceton nach Wärdalen ersetzt. Der Benzolmangel hätte für uns sehr verhängnisvoll werden können, da unsere Automobile, Flugzeuge und Luftschiffe darauf angewiesen sind. Schon zu Friedenszeiten war die Forderung aufgestellt worden, uns durch vermehrte Verwendung von Benzol, von dem amerkanischen Benzol zu emulieren. Das ist jetzt während des Krieges mit großem Erfolg durchgeführt worden, so daß die noch vorhandenen Benzolvorräte aus für die Luftfahrt abzurufen werden können. Gleichzeitig aber hilft der Benzolmangel dem Mangel an Aceton in der Leuchtgasabher ab. Motoröle sind zur Benetzung der Motor in den Grenzgebieten Epprements, Kaffische Polens sowie in

• **Wochenbericht vom Krieg** •

Die Fortschritte in Serbien haben in der verfloßenen Woche ein jähnelles Tempo angenommen. Kragujevac, Kraljevo und die Hauptstädte sind in Händen der verbündeten Heere. Da auch die österreichischen Durchbrüche in Serbien zur Wahrscheinlichkeit angeklungen sind, ist nun immer nicht da, denn die von Saloniki vormalisierenden Franzosen sind zu schwach und werden von den Bulgaren in Schach gehalten. — Bald wird die große Eisenbahnroute Berlin—Sofia—Konstantinopel für Transporte usw. frei sein. Das ändert voraussichtlich das Kriegsbild weiter zugunsten der Zentralmächte. Bei alledem werden von allen Regierungen die Friedensgerüchte „dementiert“, und wenn man den Meeren der verantwortlichen Männer in England und Frankreich folgen wollte, ginge noch jahrelang! Denn der neue Ministerpräsident Briand will nicht nur Frankreich und Belgien befreien, sondern noch inamer (2. 11. 15!) Ostsee-Vorbringen erobern. Und Lord Asquith will sogar „den Krieg bis zum erfolgreichen Ende weiterführen“ und das „gemeinsame höchste Ziel“ erreichen. Doch waren frühere Meiden, wo man Deutschland „vernichten“ wollte, wohl noch schlimmer, und wenn erst an einer Stelle (trotz aller Abmachungen) ein Sonderfrieden zustande kommen sollte, wird es in der Entente schnell abbrockeln, denn die Interessensbarriere ist nicht gar zu groß. Den Sturz des griechischen Ministeriums hat Venizelos zwar fertig bekommen, aber das Eingreifen Griechenlands gegen uns wird doch immer unwahrscheinlicher, und auch Rumänien bleibt vorerst „neutral“. — Im Westen, Osten, Süden (Italien) steht unsere Mauer. — Der sozialdemokratische Antrag auf Einberufung des Reichstags ist leider abgelehnt, doch sollen am 30. November die Verhandlungen beginnen. Inzwischen sind Hörschüsse für Schweinefleisch und Hette herauskommen, die Milch wird mündern und Kranken geliebert, aber — Durchgreifendes fehlt noch immer. — Nächtlich Einzelvorkämpfer:

31. Oktober. Französisches Gegenangriff in der Champagne (Tuberc) scheitern. In den letzten Tagen wurden hier 41 Offiziere, 1277 Mann gefangen. — Im Osten wurden bei Tschupa (Galizien) russische Gegenhölze zurückgeschlagen. — An der Strypa (Galizien) Teilkämpfe. — Der serbische Hauptwaffenplatz Kragujevac wird von deutschen Truppen besetzt. Auch

die Bulgaren dringen überall vor. — Die deutsche Ostoberheute im Osten und Serbien beträgt 251 Offiziere, 30 949 Mann, 23 Geschütze, 80 Maschinengewehre. Die österreichische Beute in Russland 142 Offiziere, 26 000 Mann, 11 Maschinengewehre. Die Armee v. Boehm hat in Serbien bisher 20 Offiziere, 6600 Mann, 32 Geschütze, 9 Maschinengewehre, 30 Munitionsfuhrwerke usw. erbeutet. — **1. November.** Russische Angriffe bei Dünaburg werden blutig abgewiesen (500 Gefangene). — Armee v. Linjingen und v. Bothmer werfen die Russen blutig zurück (2600 Gefangene). — In Serbien ist Cacak besetzt. — **2. November.** Bei Dünaburg werden russische Angriffe abgewiesen. — Armee v. Linjingen bringt die Russen zum Rückzug bei Lisowo (665 Gefangene). — In Nordwestserbien ist Hljec besetzt. In Kragujevac reiche Beute: 6 Geschütze, 20 Geschützrohre, viele tausend Gewehre und Munition. Armeen v. Boehm und v. Gallwitz nehmen 1450 Serben gefangen, 4 Geschütze. — Bulgarische Nordarmee Vojadjeff dringt erfolgreich vor (530 Gefangene). — Italienische Angriffe bei Goerz blutig abgeschlagen. — **3. November.** Bei Dünaburg werden russische Angriffe abgeschlagen. — Armeen v. Linjingen und v. Bothmer Teilkämpfe (117 Gefangene). — Gegen jeden Widerstand der Serben drängen die Armeen weiter vor (650 Gefangene). — In Griechenland Ministerkrise. Regierung kam im Parlament mit 111 gegen 147 (Venizelisten) in Minderheit! — Italiener rennen vergeblich gegen Görz an. — **4. November.** In Galizien bei Siemifowce Teilkämpfe (2000 Gefangene). — In Serbien (Morawatal) Vordringen bis Parazin insgesamt 2700 Gefangene. — **5. November.** Russische Durchbruchversuche bei Dünaburg bleiben erfolglos. — Die Kämpfe an der Strypa (Wohnheiten) brachten insgesamt 6000 Gefangene. — In Serbien ist Kraljevo genommen. Der Feind wird verfolgt! Im Morawatal über Obrez bis Parvarin Vordringen. 3000 Serben gefangen. Bei Krivovar ist Gefechtsführung zwischen deutschen und bulgarischen Hauptkräften gewonnen! Bulgarische Armee hat nach dreitägigem jähen Widerstande die stark besetzte serbische Hauptstadt Riisch erobert. Insgesamt 850 Gefangene, 8 Geschütze. — An der montenegrinischen Grenze haben Österreicher die Hauptstellung der Montenegriner durchbrochen! — **6. November.** Russische Angriffe vor Miga und Dünaburg scheitern. — In Serbien ist die wichtige Stadt Kraljevo erobert. 130 Geschütze erbeutet! 500 Gefangene wurden von den Österreichern gemacht. Die deutschen Truppen stehen dicht vor Krusjvac (im Morawatal, ca. 50 Kilometer von Riisch). Armee v. Gallwitz nahm 3000 Serben gefangen, erbeutete englisches Feldgeschütz, viele beladene Munitionswagen, 2 Verpflegungszüge und zahlreiches Kriegsmaterial.

Belgien und dem restlichen Teil von Frankreich direkt von der Seeverwaltung gestellt worden, ebenso Kesselöfen für flüssige Brennstoffe zum Antrieb von Drehschneidmaschinen usw. Als Triebkräfte kommen hier Diesel- und andere Schwerverdampfmaschinen in Betracht; diese selben Triebkräfte sind es auch, die die großen Erzeugnisse unserer Unterseeboote, die durchweg mit Verbrennungskraftmaschinen ausgestattet sind, auch für die Zukunft sichern. Die zwischen 200 und 300 Grad siedenden Petroleumdeserdes machen etwa ein Viertel des Leergewichts aus, und da wir in Friedenszeiten einen Verbrauch von 14 Millionen Tonnen per Jahr haben, so stehen uns reichliche Mengen zur Verfügung. Je mehr wir also die Kohlenvergasung unterziehen, desto größere Sicherheit haben wir auch hier, unser Ziel zu erreichen. Während zu der Zeit, da noch das Schwarzpulver die Waffentechnik beherrschte, die Einfuhrverbote von Chilisalpeter uns zur Schmach hätte verdammen können, haben wir dank unserer fortgeschrittenen Sprengstofftechnik, in der Salpeter eine wichtige Rolle spielt, unseren Gegnern die unangenehmen Nebenwirkungen bereitet. Die Leuchtgasindustrie und die Zementationsindustrie vermögen uns hiervon genügend zu liefern, liefern, trotz der teilweise labmagelerten Großindustrie, genügend Kohlen abzufördern und veredelt werden. Und was noch wichtiger ist, sie liefern uns auch in dem Ammoniumsulfat eine Stickstoffverbindung, die zur Herstellung der in der Sprengstoffindustrie unentbehrlichen Salpetersäure benutzt werden kann. Schon aus diesem Grund ist durch Anträge des Reichstags und der Seeverwaltung den belarischen Meeren nahegelegt worden, die Kohlenvergasung nach Möglichkeit zu erhöhen. Neben der indirekten Förderung der Landwirtschaft durch die Kohlenvergasung haben wir auch die ganz direkte durch die Lieferung von Ammoniumsulfat an Stelle von Chilisalpeter zur Stickstoffdüngung. Im Verein mit dem in belarischen Fabriken der Stickstoffherstellung, die bei Ausbruch des Krieges bereits vollkommen druckfertig waren, sind wir in der Lage, allen Anträgen der Landwirtschaft in genügend und die noch vorhandenen Vorräte an Chilisalpeter, salpetersäurehaltig statt nun ganz für die Bereitung von Salpetersäure zu verwenden.

Eine Verstaatlichung des Kohlenbergbaues wäre im Interesse einer rationellen Kohlenverwertung der denkbar beste Weg. Sie würde in der Richtung der zentralen Versorgung des ganzen Reichs mit Licht und Kraft einen bedeutenden Fortschritt darstellen. Da unsere wichtigsten Steinkohlenlager im Osten und Westen des Reichs gelegen sind, die zentralen Vorkommen im Königreich Sachsen aber nur eine untergeordnete Rolle spielen, so müßten naturgemäß auch die bedeutenden Braunkohlenlager in der Provinz Sachsen und der Lausitz in die Verstaatlichung mit einbegriffen werden. Gerade diese Braunkohlenfelder haben für die zentrale Energieversorgung die allergrößte Bedeutung. Braunkohle eignet sich nicht für weiten Transport, weil sie leicht zerfällt und erhebliche Mengen Wasser aufnimmt. Das ist der hauptsächlichste Grund für die bei der Braunkohle so beliebte Verfestigung. Die Erzeugung von Verfestigt ist aber natürlich mit Kosten verknüpft. Verfestigt man dies und die Transportkosten, so wird die Energieerzeugung durch elektrische Kernleistungswerte billiger als die Erzeugung der Elektrizität an der Verwendungsstelle. Die Vorkfelder Braunkohlenlager würden nicht nur zur Elektrizitätsversorgung von Berlin, sondern auch von Halle, Leipzig, Magdeburg und des dazwischenliegenden Gebiets vollkommen ausreichen, und es würde auch noch für den elektrischen Betrieb der Vorkfelder des genannten Bezirks Strom genug zur Verfügung stehen. Die Elektrifizierung der Vorkfelder muß sich ebenfalls über kurz oder lang durchsetzen. Die Kosten dagegen, seien sie rein technischer Art sind, würden ganz erheblich zusammenkrumpfen, wenn der Staat Eigentümer der Vorkfelder wäre und ein Monopol der Kohlenverwertung und damit auch ein faktisches Monopol der Elektrizitätserzeugung hätte. Denn die rationelle Regelung der Kohlenverwertung ist ohne die zentrale Energieerzeugung kaum durchführbar. Eine Erzeugung von Elektrizität in dem Umfange, wie sie hier in Betracht käme, setzt aber einen dauernden und möglichen konstanten Verbrauch voraus, wie er nur durch den elektrischen Vorkfelderbetrieb gesichert wäre.

• Aus den Stadtparlamenten •

Kriegs-Teuerungszulage.

Charlottenburg. Die Teuerungszulagen für die städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter sind in dem von der Stadtverordnetenversammlung eingefassten Ausschuß folgendermaßen festgelegt: Ledige mit einem jährlichen Dienstverdienst von nicht mehr als 2000 Mk. erhalten 12 Mk. monatlich. Verbeiratete erhalten Teuerungszulagen wie zu einem Dienstverdienst von 2000 Mk. und zwar Verbeiratete ohne Kinder 15 Mk., Verbeiratete mit einem Kind bis zum vollendeten 16. Lebensjahre 18 Mk., mit zwei Kindern 21 Mk. usw., für jedes weitere Kind 6 Mk. mehr.

Friedenau. Der Gemeindevorstand von Berlin-Friedenau hat infolge der andauernd steigenden Lebensmittelpreise beschlossen, allen Gemeindegemeinschaften weitere Teuerungszulagen zu zahlen. Es sollen erhalten: ledige Angestellte 5 Mk., verbeiratete 7 Mk., für jedes Kind 1 Mk., die Wittensfrauen 2,50 Mk. monatlich. Ausgenommen sind diejenigen Angestellten, die mehr als 2000 Mk. Dienstverdienst beziehen, nach nicht jedes Monate im Dienst der Gemeinde Friedenau sind und die sich im Heeresdienst befinden.

Hamburg. Die vom 1. Mai 1915 an gewährte, zunächst nur bis zum 31. Juli und dann weiter bis zum 31. Oktober bewilligte Teuerungszulage wurde jetzt abermals für drei fernere Monate, also bis zum 31. Januar 1916 verlängert und beträgt vom 1. November an 60 Pf. für Verbeiratete und 30 Pf. für Ledige wöchentlich mehr als vorher; jetzt demnach 3,60 Mk. für Verbeiratete und 1,80 Mk. für Ledige pro Woche. Für Arbeiterinnen gilt grundsätzlich dasselbe. Hat eine Arbeiterin einen eigenen Haushalt nämlich die Wohnung gemietet und in der Haushaltung für Eigentum und unterhält sie hier nahe Angehörige (Kinder oder unterhaltspflichtige Eltern und Geschwister, dann bekommt auch sie die volle Zulage. Bisher bestanden insofern immer noch Unterschiede. Die Zulage soll aber auch fernerhin nur bei einem Dienstverdienst von nicht mehr als 650 Mk. jährlich, 30 Mk. wöchentlich oder 2000 Mk. jährlich gegeben werden; bis zu 2500 Mk. will in der Senat mehr bewilligen.

Köln. Die Stadtverordneten beschloßen, beim Magistrat zu beantragen, in Anbetracht der sehr hohen Preise für die Lebenshaltung für die städtischen Arbeiter, einschließlich der Kommunalarbeiter, sowie für die städtischen Beamten mit einem Gehalt unter 2000 Mk. baldmöglichst die Gewährung einer Teuerungszulage für die Dauer des Krieges beschließen zu wollen, und zwar höchst das Notwendige vor. Jedem Arbeiter bzw. Beamten pro Woche 1,20 Mk., für ein Kind unter 16 Jahren 1 Mk., für jedes weitere Kind 75 Pf., und für jedes dritte und folgende Kind je 50 Pf. zu bewilligen. Ferner wurde eine allgemeine Erhöhung der Kriegsfamilienunterstützung beschlossen.

Nürnberg. Vom 1. Oktober 1915 an wird eine höhere Teuerungszulage an die verbeirateten Arbeiter gewährt. Am Juli 1915 von Seiten der Magistrat den verbeirateten Arbeitern mit einem Lohnverdienst von unter 1500 Mk. jährlich gleich 20 Mk. wöchentlich eine Teuerungszulage von jährlich 20 Pf., bei 2 bis 4 Kindern 25 Pf. und bei mehr als 4 Kindern 30 Pf. In dieser Zulage treten vom 1. Oktober 20 Pf. und für jedes Kind 10 Pf. jährlich. Im übrigen empfangen diese Zulage allein nur auch die Arbeiter mit mehr als 1500 Mk. Jahreslohn. Die ledigen Arbeiter bleiben unberücksichtigt. Die Verwaltung der Gas- und Wasserwerke hat zunächst nach dem 1. Oktober drei Wochen lang auch den Ledigen die Zulage gewährt, weil über andere Verwaltungsstellen daran nicht folgen wollten. Es auch in den Ledigen die Zulage weiterhin nicht mehr gewährt.

Leipzig. Der Rat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen: Unter Vorbehalt der Zustimmung der Stadtverordneten wird den verbeirateten städtischen Beamten, Angestellten und Arbeitern mit einem Dienstverdienst bis zu 2100 Mk. auf die Zeit vom 1. Oktober 1915 bis 31. März 1916 eine Teuerungszulage von 10 Mk. monatlich und den unverbeirateten Beamten, Angestellten und Arbeitern mit einem Dienstverdienst bis zu 1800 Mk. eine Teuerungszulage von 5 Mk. monatlich bewilligt.

Lichtenberg. Der Stadtverordnetenrat vom 1. November tag u. a. ein Antrag des Magistrats auf Erhöhung der Teuerungszulage für die städtischen Arbeiter und Beamten vor. Bisher wurde den Arbeitern und Angestellten mit einem Einkommen bis zu 2000 Mk. folgende Teuerungszulage gewährt: für Ledige und Verbeiratete ohne Kind 5 Mk. monatlich, für Verbeiratete mit 1-2 Kindern 10 Mk. monatlich, für Verbeiratete mit 3 und mehr Kindern 15 Mk. monatlich. Nach der neuen Forderung sollen Teuerungszulagen erhalten werden mit einem Einkommen bis zu 2000 Mk. und Verbeiratete mit einem Einkommen bis zu 2000 Mk. Es wird nun gewährt: für Ledige und Verbeiratete ohne Kind 10 Mk. monatlich, für Verbeiratete mit 1-2 Kindern 15 Mk. monatlich, für Verbeiratete mit 3-4 Kindern 20 Mk. monatlich, für Verbeiratete mit 5 und mehr Kindern 25 Mk. monatlich. Der Rat wird durch den Magistrat, der 2. S. beantragt auch den städtischen Beamten die gleichen Zulagen zu gewähren.

machen. Der sozialdemokratische Redner, Genosse Witzke, beantragte, die erhöhten Zulagen mit rückwirkender Kraft vom 1. Oktober 1915 an zu zahlen. Gleichfalls forderte er den Magistrat auf, die Beamten für die geleisteten Verdienste, die oft täglich 3 bis 4 Stunden betragen, zu entschädigen. Die Teuerungszulage wurde mit den beiden gefassten Zusatzanträgen angenommen.

Münster. Der Magistrat beschloß, die den städtischen Arbeitern bis zu 2100 Mk. Jahresverdienst vom 1. Juli bis 31. Oktober d. J. gewährte Kriegsteuerungszulage auch weiterhin auf Kriegsdauer zu gewähren. Die städtischen Beamten, Hilfsbeamten, Verbeiratete und Hilfskräfte bis zu 2100 Mk. Jahresverdienst erhalten dieselben Bezüge bewilligt wie die Arbeiter.

Solingen. Durch die am 12. Mai 1914 beschlossene Beförderungsordnung in den verbeirateten Beamten und Angestellten, die drei und mehr lebende Kinder haben, eine persönliche Zulage bewilligt worden, und zwar wird vom dritten Kinde ab für jedes nicht erwerbsfähige Kind unter 16 Jahren jährlich 60 Pf. gewährt. Kammer soll aus den städtischen Arbeitern sowie denjenigen Angestellten, die nicht unter die Beförderungsordnung fallen, eine ähnliche Zulage gewährt werden. Es wird beschlossen, bei drei und mehr lebenden Kindern für jedes noch schulpflichtige Kind eine jährliche Zulage von 30 Pf. zu zahlen, und zwar am 1. Juni und zu Weihnachten je zur Hälfte.

Scheiberg (Saaslen). Genehmigt wurde die Erhöhung der Stundenlöhne für einzelne städtische Arbeiter sowie des Zuschlags für die Gasanstaltsarbeiter. Auch soll den noch nachträglich zum Heeresdienst eingezogenen städtischen Arbeitern 25 Proz. ihres Lohnes bewilligt werden.

Sittau. Teuerungszulagen sind den städtischen Arbeitern und Unterbeamten deren Gehalt 1800 Mk. nicht übersteigt, von beiden städtischen Stellen bewilligt worden. Der Zuschlag wurde in einer demnach beschlossenen Sitzung gefast. Die Zulage beträgt, von Einzelheiten abgesehen, 8 bis 10 Prozent.

• Aus unserer Bewegung •

Chemnitz. Am 30. Oktober tagte im Restaurant „Koffnung“ unsere Mitgliederversammlung, in welcher zunächst das Ableben der geschiedenen Kollegen Mohr, Lange, Herrmann und Janda in würdiger Weise gedenkt wurde. Der Manninger gab zunächst den Monatsbericht vom 3. Quartal. Die Einnahme inkl. Bestand betrug 727,15 Mk., dem sich eine Mittelsgabe von 88,00 Mk. gegenüber. Am Antrage der Hauptkassa wurden ausgezahlt an Sterbengeldunterstützung 60 Mk., 327,98 Mk. Mieten, 18 Mk. Arbeitslohn und 100 Mk. Kriegsmittelunterstützung für Anarchie der Kriegsteilnehmer. In der Kasse wurden abgesetzt an die Hauptkassa 74,02 Mk. Weiter verbleibt in der Kasse ein Bestand von 702,16 Mk. Am Ende des vorigen Quartals hatten wir einen Mitgliederbestand von 269 männlichen und 22 weiblichen Mitgliedern. Annahmestunden wurden im Laufe des Quartals 20 gehalten. Am Ende des 3. Quartals betrug der Mitgliederbestand 311. Zum Quartale erpöseten und 152 Kollegen. Daraus sind gefallen bis jetzt 29 Kollegen. Dem Manninger wird hierauf einstimmig Entlastung erteilt. Unter „Berichtsmittelungen“ gibt der Vorsitzende die vom Vorstand gefassten Beschlüsse nochmals bekannt. Ferner soll folgende Beschlüsse mit, daß eine Erhebung unseres Verbandes, betreffs Erhebung der Unterhaltsmasse für unsere Kriegsteilnehmer, vom Rat der Stadt genehmigt wurde und eine Unterstützung ab 1. November stattfinden soll. Des weiteren wurde seitens der Stadtgärtnerarbeiter bewirkt, daß die vom Rat der Stadt bewilligte Teuerungszulage nicht so ausgesetzt wurde, wie sie beschlossen. Wenn solche Verbesserungen in diesem Bereiche sich ereignen, und die Arbeiter der schuldige Teil wohl selber. Sie sollten sich doch etwas mehr um ihre Organisation kümmern, als es bisher der Fall gewesen ist. Zum Schluß ermahnt der Vorsitzende die Anwesenden, sich an den Verammlungen ferner zu beteiligen, denn um den Verträge zu erfüllen allein ist uns nicht geblieben.

Döbeln. Bereits im Frühjahr verlangten unsere Kollegen eine Teuerungszulage. Aber erst im September beschloß der Stadtrat, nur denjenigen Arbeitern, die Kinder haben, für jedes Kind wöchentlich 50 Pf. zu gewähren. Durch diesen Beschluß gingen die allermeisten völlig leer aus und so wurde von einer Verammlungen die Verwaltung beauftragt, erneut an die Stadt wegen Gewährung einer allgemeinen Teuerungszulage heranzutreten. Diese neue Erhebung beschloß die Stadtverordneten in ihrer Sitzung vom 29. Oktober. Hierbei erklärte der Stadtverordnetenvorstand, Reichsminister Adler, der Verband habe keine Vollmacht zur Vertretung der hiesigen städtischen Arbeiter und deshalb habe man die Erhebung gar nicht erst zu fordern. Es wurde zwar in der Sitzung bereits dem Herrn entgegengereicht und der Antragsteller sich erklärte, daß er bei den städtischen Verammlungen Grundmann ergründeter habe, nach dem Antrag erneut an die Erhebung 21 Mann angenommen werden soll. Weiter wurde von dem Herrn beachtet, daß eine Erhebung nicht als lang erfordern kann, denn es soll im Anbetracht von 100000 Arbeitern, daß auch er den Beschluß der Arbeiter zur Vergebung annehmen, nur mühe er sich

der Konsequenzen weichen gegen die Vermittlung der Wünsche der Arbeiter durch den Verband erklären, der seinen Sitz außerhalb der Stadt habe. Die Arbeiter, wenn sie sich direkt an die Justiz wenden wollten, hätten immer Gehör gefunden. Das letztere ist lebhaft schmerzhaft! Die Tatsachen beweisen es, denn als die Entwidung der ersten Eingabe so lange auf sich warten ließ, reichten einige Arbeiter, ohne Wissen des Verbandes, auf eigene Faust ein Gesuch ein mit dem Erfolge, daß dieses genau so beantwortet blieb wie die Eingabe des Verbandes! Aber im nächsten Moment es uns, daß gerade Herr Adler als Rechtsanwalt und so erklärt! Denn wenn jemand auf dem Gericht seine Interessen zu vertreten hat, so nimmt er sich einen Anwalt, daran nimmt kein Mensch Anstoß. Wenn aber die Arbeiter die Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen dem Verband übertragen, so ist das genau das Gegenteil. Daß nun gerade die Leitung unseres Verbandes ihren Sitz nicht in Döbeln, sondern in Dresden hat, ändert an der Sache grundlegend nichts! Hoffen wir also, daß Herr Adler durch die Tat beweist, daß er den Wünschen der Arbeiter nach Verbesserung ihrer Löhne für berechtigt findet.

Gmünd. Am 8. Oktober fand eine Versammlung der Arbeiter des Tiefbauamts im „Neuen Eichen“ statt. Kollege Altvater bewies die Notwendigkeit, den Sommerlohn auch im Winter zu bezahlen. Er wies nach, daß eine Familie im Winter mehr braucht als im Sommer. Hieraus wurde von der Versammlung der Arbeiterausdehnung beauftragt eine Eingabe an den Oberbürgermeister einzureichen, daß in den Wintermonaten nur nur 8 1/2 Stunden gearbeitet werden soll. Die Eingabe wird dem Oberbürgermeister zugehen. Am 1. November wurde darüber im Gemeinderat verhandelt und einstimmig angenommen, was zum erstenmal war, so oft wir eine Eingabe einreichten. Dies sollte den Ineranzweifeln auch ein Mahnung sein, dem Verband beizutreten. Die Organisation und der Arbeiterausdehnung werden also mit halber Mühe arbeiten.

Flauen (Vogtland). Endlich ist unsere Eingabe vom Mai wegen Erhöhung einer Teuerungszulage erledigt. Doch, was lange wartet wird nicht immer gut, müssen wir leider sagen. Man hat auch hier wie anderswo eine Minderzulage beschlossen. Doch diese ist völlig unzureichend, denn ein vom zweiten Jahre ab werden wesentlich ganze fünfzig Pfennige für ein Kind gewährt. Dem Stadtvorstandeskollegen lag eine Mitteilung über den Familienstand der hiesigen Arbeiter vor. Daran ergibt sich, daß 191 Arbeiter ein Kind, 72 Arbeiter je ein Kind hatten. Das sind zusammen 266 Arbeiter, die demnach völlig leer ausgehen, so mochten sich freuen um dem Vorwissen, daß 123 Arbeiter eine Versorgung ihrer Lage dadurch zu verzeichnen haben, daß ihnen die Wohnungsmiete ermäßigt worden ist! Rechtlich ein anderer Fall! Im - hier möchte man sagen glücklichen - Fall von zwei Kindern waren 57 Arbeiter, 52 hatten ein, 25 hatten zwei, weitere 13 hatten fünf und 5 Arbeiter hatten mehr als fünf Kinder. Zusammen also 162 Arbeiter erhalten die Zulage, deren Gesamtumfang auf 8150 Mk. berechnet wurde. Nur die Großstadt Flauen genies eine hohe Zulage. Der Kollegen des Ammanensbüros, Stadtvorstandes Groß, erklärte, hätte man einem jeden Arbeiter etwas geben wollen, so wären weitere 7000 Mk. erforderlich gewesen. Man, wir meinen, diese Summe wäre erst noch aufzubringen gewesen, wenn etwas mehr guter Wille zum Vorkommen war. Unsere Flauerer Kollegen ober sollten aus der Entschädigung ihrer Anträge die Lehre ziehen, daß wir nach dem Kriege alle Kräfte anspannen müssen, um die Löhne so zu verbessern, wie es notwendig ist. Dazu aber bedarf es einer stärkeren Organisation als wie wir sie gegenwärtig in Flauen haben!

◆ Internationale Rundschau ◆

Internationale Gewerkschaftsstatistik. Am 11. Sonderheft des „Arbeiterweltblattes“ wird die folgende Statistik veröffentlicht: Es waren in den wichtigsten Industriezweigen der Erde im Jahre 1912: 13012198 Arbeiter und 880236 Arbeiterinnen Mitglieder in Arbeiterorganisationen. Davon entfallen auf Deutschland 3753807 (darunter 318868 weiblich), auf Großbritannien 3281003 (318868 weiblich), auf Nordamerika 2526112 (15896 weiblich), auf Frankreich 1027650 (96008 weiblich), auf Italien 971667, auf Österreich 692681 (60340 weiblich), auf Australien 433221 (17670 weiblich), auf Belgien 231835, auf Dänemark 139012 (15896 weiblich), auf die Schweiz 131380 (16187 weiblich), auf Ungarn 111966 (6308 weiblich), auf Spanien 100000, auf Norwegen 67318 (1152 weiblich), auf Niederlande 60622, auf Kanada 23839 (2462 weiblich), auf Rumänien 9708, auf Brasilien 6783 (54 weiblich), auf Bosnien Herzegowina 5522 (329 weiblich), Bulgarien 5000, auf Japan 3000, Perens im Jahr 1912 mehrerente Deutschland mit der Zahl seiner gewerkschaftlich organisierten Arbeiter an der Spitze aller Nationen.

◆ Rundschau ◆

Von unsern Verbandsangehörigen im Felde. Zurzeit sind 36 angeheuete Kollegen im Felde, 2 davon (Zwald, Weisbach) gefallen. Soweit uns Nachrichten bis zum 8. November 1915 erreichten, seien sie nachfolgend kurz registriert: Unteroffizier Oedemann ist zurzeit in Garnison Marburg, kommt aber in den nächsten Tagen wieder nach Antwerpen. Marose, Berlin befindet sich 90 Kilometer hinter Warschau im Schützengraben. Unteroffizier Pöcker, Mannheim (Berlin) liegt im Pagarader Lazarett, Geir, Paffader, Berlin ist Feldpostarzt in Merano. Carel, Nürnberg betreut Gefangene in Danzig. Geir, Gabel, Straßburg weilt im schönen Prügge, Mäandern. Fahrer Seider, Dresden ist beim Feldlazarett im Wöthen, St. Germainmont, Geir, Heink, Düsseldorf steht vor Dürenburg als Mannour. Heink, Berlin ist Sanitätsdiener in Königsberg. Deuere, Bremen liegt im Schützengraben bei Nien (Frankreich). Dobn, Garmburg beschäftigt in Scherbrade (Dithmarschen) Gefangene. Sanitätsdiener, der Holle, Nürnberg arbeitet in Pagarad Jagd, nach. Unteroffizier Döfken, Möst drückt Kefuten in einem Fortort Molis. Pienier, Jhle Garmburg arbeitet hier in Dargers, Nordwestrußland. Geir, Paffa, Chemung steht bei Cassan, Belgien. Pippert, Berlin ist in Garnison auf Cher. Carzeir, Mauer, Berlin ist in Garnison im Euen. Weiser, Maderburg wird in Dessau gedrückt. Deuere, Mann, Neumann, Bremen bei Carhaven als Standort. Geir, Rob, Stuttgart hat als Garnison Ostfriesland. Pevold, Frankfurt a. M. ist in Komowiez, Nordwestrußland. Pevold, Berlin wird in Königsberg ausgeschickt. Penner, Berlin ist Armierungssoldat im Wehen, Niedeck, Garmburg steht beim Eisenbahngarnison in Dresden. Schmeyer, Frankfurt a. M. ist an der Ostfront. Schmidt, Berlin steht in Ostfront. Kramer, Frankfurt a. M. ist bei der Westfront. Schulz, Berlin ist auch bereits an der Nordfront. Stamer, Berlin ist Operationswärter im Feldlazarett (Königsberg) Berlin. Stetter, Stuttgart steht in der Westfront. Stumpf, Mannheim ist in Garnison Marburg. Sanitätsunteroffizier Strauß, Berlin arbeitet im Gefangenenlager Rauen. Timm, Berlin bewacht Gefangene in Dresden. Wacker, Wacker, Wacker ist in Garnison Marburg. Geir, Gabel, Berlin vertritt sich als Feldpostarzt in Marano. — Von den ungeschickten Verbandsmitgliedern in Paffa, D. zurzeit in der Westfront. P. Neumann in ungeschickten Gefangenenlager, Schadow ist gefallen. Wir wollen hoffen, daß uns weitere Opfer unter den Angehörigen ersipat werden. Die Zahl der jeden Monat gefallenen Mitglieder ist erheblich. Insgesamt haben wir bereits weit über 1000 Kollegen als Verlorene zu beklagen. Dazu kommt eine erhebliche Zahl Verwundeter und Kriegsgefangener. — Der Krieg schlägt unsere Organisation schwere Wunden, und es bedarf des opfervollen Einsatzes aller dabei bleibenden Kollegen und Kolleginnen, um unsern Verband über die schweren Zeiten hinwegzuführen.

Mangel an städtischen Arbeitern in Spandau. Während täglich eine große Anzahl Arbeitsloser aus Groy, Berlin und der Provinz Brandenburg sich zum Teil vergeblich an den königlichen Aarbeitsamt um Arbeit bemüht, kann die Stadt selbst für ihre Betriebe keine Arbeiter bekommen. Das liegt aber nicht nur an dem Mangel an männlichen Arbeitskräften, sondern auch daran, daß der Magistrat seit jeder mit den Organisationen auf dem Kriegesfeld genandten hat, in Friedenszeiten niedrige Löhne zahlen und mit Vorliebe junge Arbeitskräfte aus räumlichen Gegenden einheute. Die Stadtvorordneten hatten sich daher kürzlich mit diesem Mangel an Arbeitskräften zu beschäftigen und bewilligten 2500 Mk. für die Umkehrung von Gefangenen auf der Gasenstraße, die dort ständig beschäftigt werden sollen. Bei der Straßenbahn macht sich der Mangel an männlichen Arbeitskräften besonders anfangen bemerkbar, und die Direktion ist dadurch nicht in der Lage, den gewaltigen Verkehr zu bewältigen. So kann zum Beispiel die Neuenhainbahn, die schon immer als Stiefkind behandelt wurde, nicht mehr bis zum Bahnhof Spandau-Weiß fahren, sondern nur noch bis zum Markt. Trotz aller Bemühungen und weitenhoh, Vebnerhöbungen ist es bisher nicht gelungen, genügend annehmbare Ersatzkräfte für die in den Bahnen embeisetzten Mannschaften zu erhalten. Der Magistrat sieht sich daher genötigt, Jäger, Streckenarbeiter und Handwerker aus der Schweiz herüberzubolen. Die Arbeitsstellen für diese angeworbenen Mannschaften wurden bewilligt.

Die neue Zeit.

Ich bin kein Held, wie ihn dein Traum verschönt,
Mit Edelmut und Gloria umkrönt;
Mit breiten Narben auf gestählter Stirn,
Mit Schlachtgedanken im berauschten Hirn.

Ich bin ein Mensch, wie du und du,
Sehnsüchtig ringend der Erlösung zu,
Die sich aus Qual und Erdennot erhebt
Und in die Zukunft sich verwebt.

Ich trage Schreck und Schrei und Angst
Genau wie du, wenn du um Sonne bangst.
Ich widerstehe' und halte stand
Und hab' ein großes Vaterland.

Die großen Worte sind im Sturm verrauscht,
Das Herz begierig in die Stille lauscht,
Als ringe sich aus ihrem Schoß
Die neue Weisheit, frei und los.

Die neue Weisheit — keiner kennt
Den Glanz, der sie befestigt und brennt.
Doch macht sie still und stark und gut,
Und säufigt das erregte Blut.

Sie bringt die wunderfame Zeit,
Wo keine Schlacht mehr tobt und schreit,
Und Millionen Leiber zwingt —
Wo Liebe alle Welt umschlingt!

Barthel Ranoniet.

Eingegangene Schriften und Bücher

Lohnbuch zu Steuerzwecken für das Jahr 1915. Von S. Wolffram. Als Grundlage zur Steuererschätzung 1917. Selbstverlag des Verfassers. Leipzig. Preis 30 Pf.

Der Verfasser schreibt uns: Das Lohnbuch soll nach gewissenhafter Ausfüllung den Arbeitern als Steuerzahler, besonders denen mit schwankendem Jahreseinkommen als Ratgeber, als einwandfreie Grundlage bei der Einkommenssteuer dienen. Mir sind als Einkommensmitglied Fälle bekannt, wo Beitragspflichtige aus den Vauertischen, als Restanten zwecks genauer Angabe ihres gesamten Jahreseinkommens, und zwar in dem Jahr, welches als Grundlage in Betracht kommt, also zwei Jahre zurück, 6, 8, ja sogar 13 Lohnnachweise als Beweismittel beibringen mußten. Dem soll für die Zukunft durch Zuhilfenahme des Lohnbuches abgeholfen werden. Es wird dadurch nicht nur den Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sondern auch den Einkommensorganen viel unnütze Zeitaufwendung erspart. In den beiliegenden Erläuterungen sind die Hinweise für die Arbeiter kurz und knapp, insbesondere die Bezugnahme auf Paragraphen des Steuergesetzes unterlassen. Die Darlegungen entsprechen der Ausführungsverordnung und Instruktion zur Anwendung bei der Veranlagung.

Rechtbüchlein für Kriegsteilnehmer, deren Angehörige und Arbeitgeber über die Kranken-, Invaliden-, Unfall- und Invalidenversicherung sowie über die Reichswohnenhilfe. Von Magistratssekretär Corbinian Galm. Verlag C. Neuböckische Buchhandlung, Alschaffenburg. Preis 20 Pf., 100 Stück 15 Mk.

Demnächst erscheint:

Notiz-Kalender

für Gemeinde- und Staatsarbeiter

1915-16

Preis 1 Mark, für Mitglieder 50 Pfennig

Aus dem Inhalt:

Statistische Darstellungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in städtischen Betrieben, in den Pflege- und Badeanstalten, Rentenansprüche der Kriegsteilnehmer und ihrer Hinterbliebenen usw.

Bestellungen müssen schnellstens bei den Vorständen der Filialen bewirkt werden. Einzelmitglieder können den Kalender direkt vom Verbandsbureau, Berlin W. 57, Winterfeldtstraße 24, beziehen. Der Vorstandsvorsitz.

Totenliste des Verbandes.

Josef Gawallek, Breslau

Wasserwerk
† 30. 10. 1916, 49 Jahre alt.

Karl Kraft, Stuttgart

Strassenwart
† 6. 10. 1916, 42 Jahre alt.

Gottfried Oesterle, Stuttgart

Manalbau
† 10. 10. 1916, 42 Jahre alt.

Hermann Kühle, Stuttgart

Gaswärter
† 25. 10. 1916, 40 Jahre alt.



Auf dem Schlachtfelde sind gefallen:

Josef Aigner, Rosenheim

am 4. Okt. im Alter v. 30 Jahren
in frz. Gefangenschaft gestorb.

Joh. Brattschin, Freiburg i. B.

am 16. Oktober im Alter von
27 Jahren gefallen.

Wilhelm Degner, Berlin

am 16. Oktober im Alter von
89 Jahren gefallen.

Mathias Dunschen, Eichberg

im Alter von 33 Jahren
in Frankreich gefallen.

Max Engleder, Regensburg

am 4. September im Alter
von 26 Jahren gefallen.

G. A. Flottmann, Elberfeld

im Alter von 45 Jahren
im Lazarett gestorben.

Georg Gappa, Berlin

am 2. Oktober im Alter von
81 Jahren gefallen.

Gustav Grobe, Berlin

am 7. Oktober im Alter von
30 Jahren gefallen.

Wilhelm Hellburg, Barmen

im Alter von 44 Jahren
in Frankreich gefallen.

Albert Hermann, Chemnitz

im Alter von 26 Jahren
in Russland gefallen.

Lorenz Hofnit, Chemnitz

im Alter von 43 Jahren
im Feldlazarett gestorben.

Wilh. Lang, Ludwigshafen

am 21. Oktober an einer
schweren Verwundung gestorb.

Richard Lange, Chemnitz

im Alter von 32 Jahren
in Frankreich gefallen.

Kurt Hell, Freiberg

am 30. September im Alter von
21 Jahren in Frankreich gefallen.

Wilh. Ommen, Küstringen

am 16. Februar im Alter von
38 Jahren gefallen.

Hugo Ranhut, Berlin

am 27. September im Alter
von 32 Jahren gefallen.

Arno Rausch, Leipzig

am 21. August im Alter von
24 Jahren gefallen.

Reinhold Kosh, Berlin

am 7. Oktober im Alter von
41 Jahren gefallen.

Otto Kömer, Dresden

am 16. August im Alter von
34 Jahren in Russland gefallen.

Karl Koisch, Leipzig

am 23. Oktober im Alter von
44 Jahren gefallen.

Hermann Seisfert, Leipzig

am 27. September im Alter
von 30 Jahren gefallen.

Karl F. Stumpf, Mannheim

am 26. Dezember 1914 im Alter
von 22 Jahren gefallen.

Fr. Schleht, Braunschweig

am 11. Oktober im Alter von
32 Jahren im Westen gefallen.

Ernst Klöter, Barmen

im Alter von 34 Jahren
in Frankreich gefallen.

Otto Schulze, Gosen

am 27. September im Alter
von 21 Jahren gefallen.

August Schmidt, Magdeburg

am 11. Oktober im Alter von
29 Jahren gefallen.

Ehrenfr. Schörnig, Breslau

am 23. Juli im Alter von
35 Jahren gefallen.

Ernst Schubert, Dresden

am 6. Oktober im Alter von
32 Jahren in Frankreich gefallen.

Theod. Schweiger, Augsburg

am 27. September im Alter
von 28 Jahren gefallen.

Oskar Treiber, Breslau

am 25. Juli im Alter von
30 Jahren gefallen.

Herm. Theuermeister, Leipzig

am 16. August im Alter von
36 Jahren gefallen.

Willi Thiel, Berlin

am 21. August im Alter von
31 Jahren gefallen.

Friedrich Vogel, Mariendorf

am 27. September im Alter
von 43 Jahren gefallen.

Martin Imuda, Chemnitz

im Alter von 37 Jahren
in Frankreich gefallen.

Chre ihrem Andenken!